

Mo, 11.11.19, 19:00 Uhr, KG II, HS 2006

Charlotte Kehne

Rüstungsexportkontrolle in Europa - Quo vadis?

In den letzten Jahren gingen über 80 Prozent der Rüstungsexportgenehmigungen aller EU-Mitgliedsstaaten an Länder außerhalb der EU.

Waffen aus der EU kommen in Kriegs- und Krisenregionen zum Einsatz – zum Beispiel im Jemen. Dies geschieht, obwohl auf EU-Ebene ein rechtlich verbindlicher "Gemeinsamer Standpunkt" existiert, dessen acht Kriterien bei der Genehmigung von Rüstungsexporten berücksichtigt werden müssen. Obwohl die Kriterien für alle EU-Mitgliedsstaaten gelten, werden sie nicht von allen gleichermaßen befolgt. Dies ist möglich, da keine Kontroll- und Sanktionsmöglichkeit der Umsetzung auf europäischer Ebene besteht. Um ihrer friedenspolitischen Glaubwürdigkeit gerecht zu werden, müssen die EU und ihre Mitgliedsstaaten weitreichende Veränderungen einleiten.



Fr, 15.11.19, 19:00 Uhr, KG I, HS 1010



Andreas Zumach

Vom gleichen Recht für alle zum (Un)Recht des Stärkeren Die nach dem 2. Weltkrieg

begründete Völkerrechtsordnung wird immer stärker ausgehöhlt durch illegale Angriffskriege, Besetzungen, Annexionen und Wirtschaftssanktionen seit Ende des Kalten Krieges zunächst vor allem durch die USA und ihre NATO-Verbündeten. Inzwischen verletzen auch die Großmächte Russland und China oder Mittelmächte wie die Türkei international vereinbarte Regeln. Israel hat mit der Annexion

der seit über 50 Jahren völkerrechtswidrig besetzten Gebiete begonnen. Die EU verstößt mit ihrer Flüchtlingspolitik zwar nicht gegen die UNO-Charta, wohl aber gegen die Genfer Flüchtlingskonvention und die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Ist der Erosionsprozeß des Völkerrechts noch aufzuhalten?

Fr, 22.11.19, 19:00 Uhr, KG I, HS

1010 MdB Heike Hänsel

Kultur des Friedens in Deutschland,

Europa und auf dem Mittelmeer

In Deutschland stehen Politiker vor

besonderen Herausforderungen:

Konfrontiert mit Rechtsterrorismus in

Deutschland und einem politischen

Rechtsruck in ganz Europa, Vorstellungen von

einer europäischen Armee und dem Druck einer

unberechenbaren amerikanischen Regierung,

weitere Rüstungsausgaben zu ermöglichen. Dabei

lehnt die Mehrheit der Bevölkerung Rüstungsexporte

in Krisengebiete und die Stationierung von

amerikanischen Atomwaffen in Deutschland ab.

Wie kann das Massensterben auf dem Mittelmeer

verhindert werden? Welche politischen Maßnahmen

muss die Bundesregierung heute umsetzen, um den

Forderungen der Zivil-gesellschaft gerecht zu

werden?



Mi, 27.11.19, 19:00 Uhr,

KG II, HS 2006

Wolfgang Landgraber

und Jürgen Grässlin

Profiteure der Abschottung

Waffenexporte in Krisengebiete sind

ein lukratives Geschäft. Rüstungs-

konzerne, wie Airbus, sind führende

Waffenlieferanten an menschen-

rechtsverletzende und krieg-



führende Staaten in Afrika, Asien oder Amerika. Mit den Waffen dieser Konzerne werden unzählige Menschen getötet. Besonders zynisch ist die Tatsache, dass diese Konzerne doppelt vom Geschäft mit dem Tod profitieren: Einerseits exportieren sie Waffen und verschärfen Konflikte. Andererseits liefern sie Rüstungsgüter, mit denen Grenzen abgeschottet und Menschen an der Flucht gehindert werden. Die Referenten nennen Handlungsansätze im Rahmen des Global Net - Stop The Arms Trade.

Fr, 29.11.19, 19:00 Uhr, KG I, HS 1010

PD Dr. Thomas Roithner, Universität

Wien Märkte, Macht und Muskeln - Die Außen-, Sicherheit- und Friedenspolitik der Europäischen Union

Friedensvision EU ist wie Schrödingers Katze. Sie ist gleichzeitig lebendig und tot. Brillant ist, dass Deutsche und Franzosen nicht mehr aufeinander schießen. Sie kooperieren und können sich aufeinander verlassen. Die Schattenseite: Im EU-Rahmen entwickeln sie gemeinsam neue Waffen, entsenden Militär und verkaufen Rüstung. Der kommende EU-Haushalt sieht erstmals ein Budget für Verteidigung vor. Militärmacht und Wirtschaftsmacht gehen Hand in Hand. Welche konkreten Vorschläge gibt es für eine EU-Friedenspolitik? Welche Perspektiven eröffnet die immerwährende Neutralität Österreichs auf die EU-Sicherheit? Gehen rechtsnationale Parteien und die gemeinsame EU-Sicherheit unter einen Hut? Und wie viel Militär braucht eigentlich der Frieden?

